

- 1.4 In den nicht überbaubaren Grundstücksflächen (§ 23 Abs. 5 BauNVO) sind Gebäude als Nebenanlagen i.S. von § 14 Abs. 1 BauNVO nicht zugelassen.
- 1.5 Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BBauG).
Die Unterteilung der Verkehrsflächen ist nicht verbindlich.
- 1.6 Garagen sind nur in der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Sie sind mindestens 5,00 m von der Straßenbegrenzungslinie zurückzusetzen. Stellplätze sind nur auf der im Bebauungsplan festgesetzten Fläche zulässig.
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BBauG)
- 1.7 Die im Lageplan dargestellten Sichtflächen sind von baulichen Anlagen sowie von Bepflanzungen über 0,70 m Höhe, von der angrenzenden Verkehrsfläche gemessen, freizuhalten. Das vorhandene Gelände ist gegebenenfalls entsprechend abzutragen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BBauG)
- 1.8 Im räumlichen Geltungsbereich sind mindestens 6 % der Grundstücksfläche als dauernde Grünfläche anzulegen und vorwiegend mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen. Die Fläche ist im Bauantrag besonders darzustellen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BBauG i.V. mit § 111 Abs. 1, Ziff. 6 LBO).
- 1.9 Ausnahmsweise ist ein weiteres Vollgeschoß zulässig, wenn die festgesetzte Grundflächenzahl und die Geschoßflächenzahl nicht überschritten werden (§ 17 Abs. 5 BauNVO). Die Höhe der baulichen Anlagen darf höchstens 18 m betragen (§ 16 Abs. 3 BauNVO).
- 1.10 Aufschüttungen und Abgrabungen sind unabhängig von Größe grundsätzlich genehmigungspflichtig (§ 111 Abs. 2 Ziff. 1 LBO).
- 1.11 Innerhalb der öffentlichen Grundfläche sind Hochwasserschutzanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BBauG) zulässig.
2. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 111 LBO).
- 2.1 Im Gewerbegebiet werden als Dachform Flachdächer festgesetzt. Ausnahmsweise sind andere Dachformen zulässig, wenn dies aus betrieblichen Gründen notwendig ist.
- 2.2 Freistehende Garagen sind mit ringsum waagerecht abschließendem Dach zu versehen.
- 2.3 Grenzabstände der Gebäude.
Im gesamten Gebiet gelten die Abstandsvorschriften der Landesbauordnung.
- 2.4 Niederspannungsfreileitungen sind nicht zugelassen (§ 111 Abs. 1, Ziff. 4 LBO).

Verfahrensvermerke

Aufstellung des Bebauungsplanes (§ 2 Abs. 1 BBauG) durch den Gemeinderat beschlossen am 25.2.1977

Aufstellungsbeschluß in der Nürtinger Zeitung Nr.76 vom 1.4.1977 bekanntgemacht.

Auslegung des Entwurfes (§ 2 a Abs. 6 BBauG) in der Nürtinger Zeitung Nr.70 vom 22.3.1980 bekanntgemacht.

Als Entwurf (§ 2 a Abs. 6 BBauG) auf die Dauer eines Monats vom 31.3.1980 an ausgelegen.

Als Satzung (§ 10 BBauG) vom Gemeinderat beschlossen am 14.10.1980

Genehmigt (§ 11 BBauG) durch das Reg. Präsidium Stuttgart mit

Erlaß vom 20.3.1981 - AZ.: 13 - 2210 - 12.12 - Nürtingen

Genehmigung in der Nürtinger Zeitung Nr.79 vom 4.4.1981

bekanntgemacht, mit dem Hinweis, daß der Bebauungsplan während der Dienststunden beim Baurechtsamt der Stadt Nürtingen eingesehen werden kann (§ 12 BBauG).

In Kraft getreten am 4.4.1981